

## Kürzung der Sitzungsgelder gefordert



Beim NPD-Antrag „Kürzung der Sitzungsgelder“ ging es darum, daß die Stadtvertreter und der Bürgermeister weniger „Aufwandsentschädigungen“ bekommen sollten, um mit den Ersparnissen dann wichtige Dinge wie beispielsweise ein Begrüßungsgeld für Neugeborene auf den Weg zu bringen.

Es folgten Aussagen der Stadtvertreter wie z.B., daß man seine „Benzin- oder Telefonkosten erstattet haben möchte“, aber auch, „daß die Gelder ja auch gespendet werden sollen“. Fakt ist, daß bis jetzt lediglich die NPD-Fraktion 100 Euro von den Sitzungsgel-

dern an den Jugendklub gespendet hat und bislang nichts davon zu hören war, daß auch andere Stadtvertreter schon etwas gespendet haben. *„Wir werden auch in Zukunft die Sitzungsgelder spenden, denn wir bezahlen die entstehenden Unkosten aus der eigenen Tasche“*, so der NPD-Fraktionsvorsitzende Kai Erdmann während der Sitzung.

Sparen gut und schön, aber warum bei uns? So oder so ähnlich werden es sich dann wohl die Stadtvertreter von CDU, UBL und SPD gedacht haben. Mit 10 von 13 Stimmen wurde dieser Antrag abgelehnt. ■

### Gelder gespendet

Auf der Stadtvertreter-sitzung am 24.09.09 war der Jugendklubleiter zu Gast, um über seine bisherige Arbeit zu berichten. Bereits im Vorfeld machte sich der NPD-Abgeordnete Daniel Ohm ein Bild von den Räumlichkeiten und der Arbeit vor Ort.

Die NPD-Fraktion entschied sich daher für bevorstehende Aktivitäten, so die Neugestaltung des Hauptraumes oder die Anschaffung einiger Geräte, 100 Euro an den Jugendklub zu spenden und so ihre Sitzungsgelder sinnvoll einzusetzen. In der Sitzung wurden dann auch alle anderen Stadtvertreter aufgefordert, dasselbe zu tun. Allerdings erklärte sich niemand für eine Spende bereit.

Die NPD-Fraktion hingegen hat schon wenige Tage später das Geld sowie Wandfarbe für die Neugestaltung übergeben. Der Raum konnte so von Jugendlichen inzwischen selbst erfolgreich renoviert werden.

## „Atomkraftwerk geht uns nichts an“

Die polnische Regierung plant bis 2020 den Bau von zwei Atomkraftwerken. Als Standort ist unter anderem die Stadt Greifenhagen (poln.: Gryfino) vorgesehen, welche etwa 70 Kilometer Luftlinie von Usedom entfernt liegt. Von einem Atomkraftwerk an diesem Standort können erhebliche Gefahren für die Stadt und ihre Bürger ausgehen. Atomenergie ist ein ständiges Risiko:

Beim Betrieb der Atomkraftwerke, beim Transport des Atommülls und bei der



Lagerung. Die Mehrheit des deutschen Volkes lehnt Atomkraft ab bzw. steht ihr kritisch gegenüber, was diverse Umfragen beweisen.

So stellte die NPD-Fraktion am 10.12.2009 den Antrag „Kein Atomkraftwerk in

Hinterpommern“, der dann durch CDU, UBL, SPD und Linke von der Tagesordnung genommen wurde. M. Leppin (CDU) begründete dies wie folgt: „Es liegt nicht in unserer Zuständigkeit, da es sich um ein Vorhaben in Polen handelt“.

An dieser Stelle sei daran erinnert, daß erst in der vorangegangenen Sitzung gegen den Deichrückbau im Inselnorden gestimmt wurde, was ebenso wenig in die Zuständigkeit der Stadtvertretung Usedom fällt. Wenn auch solch ein Beschluß keine rechtsverbindlichen Folgen hätte, so ist er doch der geäußerte politische Wille einer Stadt.

## Demokratie nur ein Wort?

„Mit einer überfraktionellen Erklärung haben sich die UBL, die CDU, die SPD und die Linke bei der konstituierenden Sitzung der Usedomer Stadtvertretung von der NPD abgegrenzt – und deren Vertreter Kai Erdmann und Daniel Ohm dazu veranlaßt, unter Protest den Sitzungssaal zu verlassen. Namens der „Stadtvertreter und vieler anderer Mitbürger“ drückten die Fraktionschefs von UBL und CDU ihre Betroffenheit über die Wahl der beiden NPD-

Abgeordneten aus.“ Das Zitat stammt aus dem Usedom-Kurier.

Dazu sagte Kai Erdmann: *„Da die konstituierende Sitzung beendet war und diese Erklärung im Anschluß verlesen wurde, hielten wir es nicht für sinnvoll, uns diesen Unsinn anzuhören.“*

*„Denn noch am Wahlabend wurde von Abgeordneten für gute Zusammenarbeit plädiert, aber davon will man jetzt wohl nichts mehr wissen.“*

Cornelia Kühne-Hellmessen (UBL) warf der NPD-Fraktion vor: Es gehe in dem Antrag nicht darum, ob Atomenergie gut oder schlecht sei, sondern damit solle die freundschaftliche Beziehung zu Polen gestört werden. Der Hinweis der NPD-Vertreter, daß sich selbst Städte wie Neustrelitz oder Schwedt gegen das polnische Vorhaben ausgesprochen hätten, und der Antrag nur von der Tagesordnung genommen worden sei, weil die NPD ihn einbrachte, wurde ignoriert.

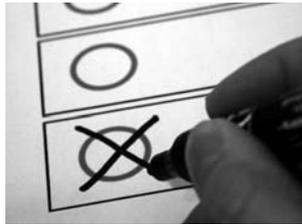
## Bürgerentscheid Turnhalle

Einige Stadtvertreter reden gern von Demokratie, aber sie auch durchzuführen, fällt ihnen schwer. So stand auf der Stadtvertreterversammlung am 25.02.2010 der Beschluß zur Benennung der neuen Usedomer Sporthalle auf der Tagesordnung, ohne im Vorfeld die Meinung der Bürger einzuholen. Die NPD-Fraktion stellte daraufhin den Antrag, eine Einwohnerversammlung bzw. Bürgerbefragung zu diesem Thema durchzuführen. *„Die Stadtvertretung sollte diese Entscheidung nicht über die Köpfe der Einwohner hinweg fällen. Es sollten mehrere Namen zur Diskussion stehen.“* so Daniel Ohm (NPD).

Bei der Abstimmung kam es dann zu einem kleinen Erfolg für die NPD-Fraktion. Dieser Antrag wurde mit 6 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 3 Stimmenthaltungen angenommen.

Am 08.03.2010 konnten die Einwohner einen Umfragezettel in ihrem Briefkasten finden, der aber mit dem Antrag nicht allzuviel im Sinn hatte. Der Hauptausschuß hatte dies so beschlossen und es erweckt den Anschein, daß der Name für die Sporthal-

le schon feststeht, da kein weiterer Vorschlag auf diesem Zettel zu finden war. Die NPD-Fraktion hat allerdings Vorschläge eingereicht wie z.B. „Sepp Herberger Sporthalle“ oder „Uns Usdomer Sporthall“.



Zudem ist es sehr seltsam, daß pro Haushalt nur ein Umfragezettel eingegangen ist. Wo können denn die anderen Stimmberechtigten ihr Kreuz machen oder einen anderen Vorschlag unterbreiten Wann sollen Einwohner, die von Montag bis Freitag auswärts arbeiten ihr Kreuz machen, wenn es bis zum 10.03.2010 schon wieder im Rathaus abgegeben werden soll?

Diese Umfrage werden wir so jedenfalls nicht annehmen. Wer Interesse hat, auch etwas zu diesem Punkt oder anderen Themen zu sagen, ist am Donnerstag dem 18.03.2010, recht herzlich zur Stadtvertreterversammlung im Rathaus eingeladen.

## Usedom-Haus

Noch immer kämpfen einige Kommunen um den Zuschlag für das geplante „Usedom-Welcome-Center“. Jedoch ist das Projekt, das 12,5 Millionen Euro verschlingen soll und damit die teuerste Investition seit dem Bau der Ostsee-Therme wäre, nicht unumstritten. Fördermittel von 70 bis 80 Prozent werden in Aussicht gestellt.



Doch Fördermittel sind Steuergelder und damit wird wieder einmal leichtsinnig umgegangen. Auch Bürgermeister Jochen Storrer (UBL) gehört zu den Befürwortern dieses Vorhabens. „Jetzt zugreifen“, ist die Devise – später gehen wir leer aus. Selbst wenn der Haushaltsplan solch ein Projekt finanziell zulassen würde, wer finanziert das ganze in zwei bis drei Jahren?

Die Stadt Usedom ist jedenfalls nicht in der Lage, ein Projekt dieser Größenordnung zu bewältigen.

## Bürgermeister „mutmaßlich“ fehl am Platz ?



Ein Antrag zum Thema Parkplatzsituation<sup>^</sup>, der beim Bürgermeister fristgerecht eingereicht worden ist, wurde nicht auf die Tagesordnung gesetzt. Laut Kommunalverfassung müssen aber alle eingereichten Anträge auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Auf Nachfrage beim Bürgermeister erhielt der NPD-Abgeordnete Daniel Ohm unter anderem von dem ziemlich genervt wirkenden Bürgermeister Jochen Storrer (UBL) die Antwort, daß dieser auch andere Sachen zu tun hätte.

Wie schon auf der Sitzung zu hören war und man es auch im Usedom-Kurier lesen konnte, mutmaßt Jo-

chen Storrer, daß der Antrag zur Parkplatzsituation aus eigennützigen Gründen gestellt wurde. Storrer wörtlich: „Wenn ein Stadtvertreter dauernd gegen Regeln verstößt, scheint der NPD-Antrag wie zum Selbstzweck gestellt“.

Daniel Ohm hierzu: „*Es ist eine Frechheit, wenn der Bürgermeister einem Abgeordneten vorwirft, diesen Antrag zum Selbstzweck gestellt zu haben. Es haben sich schon mehrere Anwohner mit diesem Thema an uns gewandt. Selbst wenn ich dauernd gegen Parkregeln verstoßen würde, was ganz klar erlogen ist, ist es bezeichnend, daß der Bürgermeister seine Schweigepflicht als Wahlbeamter verletzt.*

*Statt Mutmaßungen zu verbreiten und Pseudowahrheiten in den Raum zu stellen, sollte er sich lieber einmal mehr mit der Kommunalverfassung beschäftigen.“*

### • Impressum

V.i.S.d.P.: Kai Erdmann,  
Goethestraße 1b,  
17406 Usedom - E.i.S.

Tel.: 0151 / 12 505 610

## Begrüßungsgeld

Da der Altersdurchschnitt in Usedom mit derzeit 45,3 Jahren über dem Landesdurchschnitt von 44,7 Jahren liegt, wollte die NPD-Fraktion mit ihrem Antrag der negativen Bevölkerungsentwicklung entgegenwirken.

So forderte sie die Stadt auf, ab dem 01.04.2010 für jedes neugeborene Kind ein einmaliges Begrüßungsgeld in Höhe von 250 Euro zu zahlen.



Das Begrüßungsgeld wäre für sich allein zwar kein Allheilmittel, um diese Entwicklung aufzuhalten, doch zumindest ein Mosaikstück, auf das die Stadt Einfluß hat. Zudem würde unsere Stadt für Familien nicht nur attraktiver werden. Ein Begrüßungsgeld sondern wäre auch eine gute Möglichkeit, Familien an den Ort zu binden und damit die Zukunft für Kindergarten und Grundschule zu sichern.

**Antrag abgelehnt!**